

Stephan Krüger

Wirtschaftspolitik und Sozialismus

**Vom politökonomischen Minimalkonsens
zur Überwindung des Kapitalismus**

VSA

**Kritik der Politischen Ökonomie
und Kapitalismusanalyse, Band 3**

Stephan Krüger
Wirtschaftspolitik und Sozialismus

Stephan Krüger (Dr. rer. pol., Dipl. Volksw., Kfm. Soz.) arbeitet seit Anfang der 1990er Jahre als Unternehmensberater für Belegschaften und ihre Repräsentanten (Betriebsräte, Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten und Gewerkschaften). Publikationen zur Marxschen Theorie der Kapitalakkumulation und zu Keynes. Beschäftigt sich seit Mitte der 1970er Jahre mit der Nutzbarmachung der amtlichen Statistik zur Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung auf marxistischer Grundlage.

In der Reihe »Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse« erschienen 2010: Band 1 – Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation; 2012: Band 2 – Politische Ökonomie des Geldes; ebenfalls 2012: Band 4 – Keynes und Marx. 2015 erschien das statistische Taschenbuch: Entwicklung des deutschen Kapitalismus 1950-2013.

Stephan Krüger

Wirtschaftspolitik und Sozialismus

Vom politökonomischen Minimalkonsens
zur Überwindung des Kapitalismus

Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse –
Band 3

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2016, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-674-9

Inhalt

Vorwort	13
----------------------	----

Erster Abschnitt: Die Herausforderungen für die (Welt-)Wirtschaft im zweiten Dezennium des 21. Jahrhunderts

Kapitel 1: Die Große Krise seit 2007	20
a) Die Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise als Resultat der strukturellen Überakkumulation in den kapitalistischen Metropolen	20
b) Die verschiedenen Entwicklungsphasen der Zweiten Großen Krise	31
c) Der weitere Krisenverlauf	38
d) Strukturelle Defizite des finanzkapitalistischen Globalisierungs- und Gesellschaftsmodells	44
Kapitel 2: Krise der Eurozone und der Europäischen Gemeinschaft	52
a) Die Geburtsfehler der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	52
b) Disproportionen in den Außenwirtschaftsbeziehungen der europäischen Volkswirtschaften	56
c) Die Staatsschulden- und Bankenkrise im Euro-Währungsraum	60
d) Die EU-Staaten außerhalb der Eurozone	70
e) Die übrigen europäischen Staaten	73
f) Wie weiter mit EU und Eurozone?	75
Kapitel 3: Die Schieflage in den Verteilungsverhältnissen	80
a) Marktbestimmte Einkommen	80
Lohn und Profit	80
Zins und Unternehmerngewinn	87
b) Politisch vermittelte Umverteilung von Einkommen	90
Aufkommen und Verwendung:	
öffentliche Abgaben und Geld-/Realtransfers	90
Einkommensstruktur verschiedener Haushaltstypen	97
c) Personelle Einkommens- und Vermögensverteilung	102
Personelle Einkommensverteilung	102
Personelle Vermögensverteilung	106
d) Konsum und Ersparnis	111

Kapitel 4: Blockaden für die Durchsetzung einer höheren Betriebsweise des gesellschaftlichen Produktionsprozesses	113
a) Elemente einer postfordistischen Betriebsweise in den gegenwärtigen reproduktiven Verhältnissen	113
b) Überlagerung und Deformation der postfordistischen Produktivkraftentwicklung durch Re-Taylorisierung und finanzkapitalistische Imperative	122
c) Verluste der politischen Beeinflussung der Ökonomie durch Ausdünnung und Zerstörung der öffentlichen Wirtschaftssektoren	126

Kapitel 5: Erblasten von Deregulierung und Privatisierung im Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus	133
a) Entwertung der Arbeitskraft und Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen	133
b) Deformation der Corporate Governance	141
c) Infragestellung des erwerbswirtschaftlichen Ethos	145

Zweiter Abschnitt: Politökonomischer Minimalkonsens – Wirtschaftspolitik zur Lösung der aktuellen Problemlagen

Kapitel 6: Bändigung der Geldkapitalakkumulation und Regulierung der Finanzmärkte	150
a) Kontrollierte Entwertung des fiktiven Kapitals: Unvermeidlichkeit von Schuldenschnitten durch harte (»hair-cuts«) und weiche Formen (Umschuldungen)	150
b) Beschränkung der Geldkapitalakkumulation	155
Schließung der Euro-Offshore-Zentren, Beseitigung oder Regulierung der Schattenbanken und Verbot hochspekulativer Finanzgeschäfte	155
Finanztransaktionssteuer auf Wertpapiertransaktionen	157
Kapitalverkehrs- und Devisenkontrollen	159
c) Neujustierung der Euro-Geldpolitik	161
Die Europäische Zentralbank und ihre Politik des »Quantitative Easing«	161
Grenzen der Politik der geldpolitischen Lockerung und prinzipielle Notwendigkeit einer Exit-Option	164
Fortentwicklung des »Europäischen Stabilisierungs-Mechanismus« zu einem Europäischen Währungsfonds	167
d) Rekapitalisierung des Bankensystems und Ausbau der makroprudenziellen Überwachung in der Euro-Zone	171
e) Gesteigerte Bedeutung des Sparkassen- und Genossenschaftsbanksektors	172

Kapitel 7: Korrektur der Verteilungsverhältnisse im Marktsektor	174
a) Flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses und Diskriminierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse	174
b) Begrenzung von Managervergütungen	179
c) Erschwerung von Geldlohnsenkungen und erweiterte Fürsorgepflichten der Unternehmen bei Massenentlassungen aufgrund von Betriebsänderungen	180
 Kapitel 8: Sanierung der öffentlichen Finanzen	 183
a) Stärkung der Einnahmeseite des Staatsbudgets	183
Die an und für sich notwendige Nutzung des öffentlichen Kredits für alternative Wirtschaftspolitik und seine Restriktion durch Schuldenbremse und Fiskalunion	183
Steuerpolitik zur Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte	186
Einsatz der Steuerpolitik zur Korrektur der marktbestimmten Einkommens- und Vermögensverteilung	191
b) Stärkung der umlagefinanzierten Sozialversicherung und schrittweise Transformation zur Bürgerversicherung	196
c) Bedarfsorientierte Grundsicherung vs. bedingungsloses Grundeinkommen	203
 Kapitel 9: Neue makroökonomische Schwerpunkte und öffentliche Beschäftigungsinitiativen	 207
a) Umsteuerung zu binneneuropäischen Wachstumskräften gegenüber aggressiver Exportforcierung jenseits der EU	207
b) Stimulierung der reproduktiven Akkumulation und Wertschöpfung durch strukturpolitisch ausgewiesene öffentliche Investitionen auf EU-Ebene	211
c) Umsetzung einer Energiewende in Deutschland und Europa	214
d) Aktive Arbeitsmarktpolitik: Ausbau und Fortentwicklung des sozialen Arbeitsmarktes und des öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors	222
 Kapitel 10: Strukturell-ordnungspolitische Weichenstellungen	 225

Dritter Abschnitt: Marktwirtschaft und Sozialismus

Kapitel 11: Gemeinschaftliche Produktion mit gesellschaftlichen Produktivkräften im Eigentum assoziierter Produzenten	234
a) Zentrale Aussagen von Marx und Engels zum Wirtschaftsregime in nachkapitalistischen Gesellschaften	234
Methodischer Zugang und Stellenwert	234
Gemeinschaftliche Produktion	235
Despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution oder buch- und rechnungsführendes gesellschaftliches Board	241
Produktivkraftentwicklung und Ökonomie der Zeit	243
Distributionsformen nach Leistung und nach Bedürfnissen	246
Nicht-produktive Arbeit und Staat	249
b) Die verbreiteten Missverständnisse zum Verhältnis von Plan und Markt ...	252
Missverständene und missverständliche Aussagen von Engels (und Marx)	252
Zentrale Planung als Ersetzung des Marktes am Beispiel des Planungsmodells von Charles Bettelheim	255
Ursachen und Charakter der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus nach dem offiziellen Selbstverständnis der Politischen Ökonomie des Realsozialismus	263
Kapitel 12: Funktionalität und Dysfunktionalität zentraler Ressourcenlenkung	267
a) Erfolge zentraler Ressourcenlenkung in gesellschaftlichen Ausnahmesituationen sowie niedrig differenzierten Ökonomien	267
Ressourcenbereitstellung in Kriegszeiten	267
Die Industrialisierung in der Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren	273
Wiedereingangssetzung des Reproduktionsprozesses durch administrative Bewirtschaftungsmaßnahmen als Voraussetzung für den Übergang zu marktwirtschaftlicher Steuerung am Beispiel der Westzonen der späteren BRD nach dem Zweiten Weltkrieg	279
b) Der Realsozialismus als Hybrid-Ökonomie	287
Von der charismatischen Herrschaft zur staatlichen Parteibürokratie	287
Informelle Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten als Bedingung der Planerfüllung im Realsozialismus	296
Kapitel 13: Stärkung der Marktelemente und dezentraler Entscheidungsstrukturen unter Bedingungen zentraler Planung bis zum jugoslawischen Modell des Selbstverwaltungssozialismus	301
a) Die »Neue Ökonomische Politik« in der Sowjetunion der 1920er Jahre ...	301
Lenins Konzept	301
Bucharins Position	308

b) Die Reformen und Reformdiskussionen in den realsozialistischen Ländern	312
Übergang von zentral-administrativer Wirtschaftsplanung zu indirekter Zentralisierung durch Einsatz ökonomischer Kennziffern und materieller Stimulierung in den 1960er Jahren	312
»Sozialistische Marktwirtschaft« in Theorie und Praxis in den realsozialistischen Staaten	319
c) Der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus als Praxisbeispiel	328
Aufstieg und Ende des jugoslawischen Modells	328
Gründe für das Scheitern der jugoslawischen sozialistischen Marktwirtschaft	337

Kapitel 14:

Die gegenwärtig bestehenden sozialistischen Übergangsgesellschaften

a) Sozialistische Marktwirtschaft in der VR China	346
China in der Mao Zedong-Ära	346
Wirtschaftsreformen unter Deng Xiaoping	351
Perspektiven der VR China als internationaler Wirtschaftsmacht	356
b) Marktwirtschaftliche Öffnungen im sozialistischen Kuba	363
Voluntarismus bei der sozialistischen Umgestaltung	363
Entwicklung bis zur »perioda especial« nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und Stopp der ausländischen Subventionen durch die RGW-Staaten	365
Behutsamer Umbau des Wirtschaftssystems unter Raúl Castro (ab 2006)	368
c) Transformationsprozesse unter linken Regierungen in Südamerika	369
Die kurze Zeit des chilenischen Sozialismus unter Salvador Allende (1970-1973)	369
Der venezolanische »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«	372

Kapitel 15:

Marktsozialismus als Sozialismus-Konzeption für entwickelte Ökonomien

a) Die Unverzichtbarkeit marktwirtschaftlicher Ressourcenallokation unter Knappheitsbedingungen	377
Mangelwirtschaft und Überflussökonomie: Rolle und Bedeutung des Wirtschaftswachstums und gesellschaftlicher Zeitstrukturen	377
Anforderungen an die Preisbildung für die Strukturierung des Warenangebots	386
b) Warenzirkulation und Produktionsverhältnisse	390
Systemspezifischer Charakter der Produktionsverhältnisse	390
Wirtschaftsdemokratische Corporate Governance	394
Reichweite des bloßen Waren- und Geldfetischs sowie Konsequenzen für das Bewusstsein der Akteure	397

Indienstnahme des Kredits und Überwindung des Kapitalcharakters des zinstragenden Kapitals	401
Rolle des Staates	404
c) Pluralität der Eigentumsformen an den Produktionsmitteln und am Grund und Boden	406
Staatliches, genossenschaftliches Eigentum und Privateigentum an Unternehmen	406
Eigentum an Liegenschaften und Immobilien	409
Mischformen: Bedeutung der direkten und öffentlich gesteuerten Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Akteuren	411
d) Rahmenbedingungen für die Ware-Geld-Beziehungen auf den Märkten	414
Institutionell-administrative Rahmensetzungen und Einhegungen	414
Marktpreise für Konsumtionsmittel und Konsumentensouveränität – Investitionen zwischen strukturpolitischer Steuerung und marktbestimmter zahlungsfähiger Nachfrage	418
Die Rolle von Profitrate und Wettbewerb für die Akkumulation und die einzelwirtschaftlichen Ziele	422
Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit	425
e) Der makroökonomische Politik-Mix	426
Haushaltshoheit der Parlamente und Generierung zusätzlicher Mittel für die marktförmig organisierte wirtschaftspolitische Steuerung	426
Makroökonomische Guidance: Herausgehobene Stellung der Strukturpolitik	428
Administrative und marktkonforme Steuerungsinstrumente	433
f) Soziale Marktwirtschaft und marktwirtschaftlicher Sozialismus	434
Kapitel 16: Kommunistische Perspektiven	437
a) Charakteristika kommunistischer Produktions- und Distributionsverhältnisse	437
A) Bedingungen/Voraussetzungen	444
B) Produktive Konsumtion und gesamtwirtschaftliche Reproduktion	445
C) Individuelle Konsumtion und Reproduktion:	445
b) Schrittweise Verbreiterung nicht-monetärer bedürfnisorientierter Verteilungsformen: »Jedem nach seinen Bedürfnissen«	446
c) Zunehmende Ersetzung staatlicher Aufgaben durch zivilgesellschaftliche Verwaltungsfunktionen: »Absterben des Staates«	448

Vierter Abschnitt: Sozialistische Wirtschaftspolitik

Kapitel 17: Die Perspektive eines einheitlichen europäischen Gesamtproduktionsprozesses 453

- a) Vom Binnenwährungsraum zur europäischen Volkswirtschaft 453
- b) Strukturpolitisches Leitbild des europäischen Reproduktionsprozesses 457
 - Vorreiterfunktion der europäischen Volkswirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft 457
 - Sektorale und regionale Strukturpolitik in einem Europa der Wirtschaftsregionen 459
- c) Die EU als Transfer-, Haftungs- und Sozialunion 462

Kapitel 18: Weiterführung der alternativen Wirtschaftspolitik zur Systemveränderung – I: Reproduktiver Sektor 465

- a) Aktive makroökonomische Strukturpolitik mit Entwicklungsleitbildern für identifizierte Schlüsselsektoren der zukünftigen europäischen Entwicklung 465
 - Gesamtgesellschaftliche Vorgaben 465
 - Mitwirkung von Branchen-, Regional- und Betriebsräten sowie Konsumenten-Organisationen bei der Willensbildung 469
- b) Öffentliches Co-Venturing bei strategischen Ausrichtungen, High-Tech-Projekten und Neugründungen sowie bei Bestandspflege und Konversionen 471
 - Moderation und Beteiligung öffentlicher Instanzen bei der Formierung von Unternehmensnetzwerken (Clusterbildung) 471
 - Regionale Sanierungsagenturen zur Bestandspflege und Portfoliokonversion 474
- c) Koordination der Makropolitiken (Struktur- und Finanzpolitik) 475
- d) Dekommodifizierung der Arbeitskraft und sozialistische Corporate Governance 477
- e) Beteiligung der Beschäftigten am (Produktiv-)Kapital 482

Kapitel 19: Weiterführung der alternativen Wirtschaftspolitik zur Systemveränderung – II: Finanzsektor 486

- a) Geldpolitik der Zentralbank im Rahmen des makroökonomischen Politik-Mixes 486
- b) Vergesellschaftung und Umbau des Finanzsektors 489
 - Entflechtung und Sozialisierung des Banksektors 489
 - Transformation der Börsen 491
- c) Wirtschaftspolitische Steuerung über Instrumente des Kredits 493
- d) Die außenwirtschaftliche Absicherung der sozialistischen Marktwirtschaft 496

Kapitel 20: Neue Weltwirtschafts- und -währungsordnung	498
a) Sozialisierung der Demiurgenfunktion auf dem Weltmarkt und alternativer Ansatz der Globalisierung	498
b) Weiterentwicklung des Internationalen Währungsfonds zu einer Welt- Zentralbank und Schaffung einer internationalen Kunstwährung als Verrechnungsmedium für den Ausgleich nationaler Zahlungsbilanzen	505
c) Demokratisierung und Stärkung der Weltbank zur Bekämpfung der Unterentwicklung	510

Fünfter Abschnitt:

Die sozialen Träger des sozialistischen Modernisierungsprojektes

Kapitel 21: Klassenstrukturen, Ideologie- und Bewusstseinstheorie auf Basis der Kritik der politischen Ökonomie	515
--	-----

a) Religion des Alltagslebens	515
b) Charaktermaske und persönliches Individuum – Bedingungen der Auflösung des bürgerlich-kapitalistischen Verblendungszusammenhangs	519
c) Historische Einzigartigkeit einer demokratisch-sozialistischen Umgestaltung unter entwickelten sozioökonomischen Bedingungen	522

Kapitel 22: Formierung einer »Koalition der Fortschrittlichen«	532
---	-----

a) Gewerkschaften	532
b) Neue soziale Bewegungen	536
c) Linke Parteien	538
d) Herstellung und Verteidigung der Hegemonie als Daueraufgabe	546

Literatur	549
------------------------	-----

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	565
---	-----

Vorwort

Mit dem vorliegenden 3. Band der »Kritik der politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse« wird das Projekt der Darstellung, Komplettierung und Aktualisierung der marxistischen Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus mit der Anwendung der Theorie für den Entwurf von Wirtschaftspolitik und die Explikation einer modernen Sozialismuskonzeption zu Ende geführt. Das Gesamtprojekt schließt neben der Entwicklung der theoretischen Grundlagen und positiven Darstellung der zyklischen und langfristigen Entwicklung der Kapitalakkumulation sowie der modernen Geld- und Währungsverhältnisse in den ersten beiden Bänden auch die Auseinandersetzung und Interpretation mit der Theorie von J.M. Keynes ein, die in wesentlichen Bestandteilen als einziges nicht-marxistisches Paradigma fruchtbar in die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie integrierbar ist.

Die Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus erhält ihre unmittelbare politische Bedeutung, wenn sich aus ihr wirtschaftspolitische Vorschläge für das »Hier und Jetzt« sowie die Angabe einer positiven Zielrichtung in längerfristiger Perspektive für eine alternativ-sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft ableiten lassen. Beides steht in aktuellen Diskussionen der politischen Linken oftmals zusammenhanglos nebeneinander. Hält man sich jedoch an das Marxsche Diktum, dass Sozialismus und Kommunismus keine Ideale sind, die hergestellt werden sollen und nach denen sich die gegenwärtige Wirklichkeit zu richten hat, sondern vielmehr die wirkliche Bewegung ausmachen, welche den jetzigen Zustand aufhebt und deren Bedingungen sich aus den gegenwärtig bestehenden Voraussetzungen ergeben (vgl. MEW 3: 35), wird der notwendige innere Zusammenhang zwischen kurzfristigen Sofortmaßnahmen und ihrer Integration in eine gesellschaftssystemverändernde Perspektive deutlich.

Die zweite Große Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation, die 2007/08 mit einer Finanzmarktkrise begann, in eine Weltwirtschaftskrise überging und Nachwirkungen verschiedener Art – die Krise der Europäischen Währungsunion, Vermögenspreisblasen und überbordende Verschuldungen von Unternehmen des reproduktiven und Finanzsektors sowie der öffentlichen und privaten Haushalte – erzeugte und verstärkte sowie in vielen Regionen der Weltwirtschaft in stagnativen Entwicklungen und Deflationssituationen resultierte, hat die historische Relativität des Kapitalismus deutlich sichtbar offenbart. Damit ist die Notwendigkeit eines erneuten Versuches zur Errichtung einer sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft als Alternative objektiv auf die politische Agenda gesetzt. Dies umso mehr, als die fortbestehenden Krisentendenzen in vielen Ländern rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen und Parteien gestärkt haben, die mit dem Appell an Ressentiments und Klassenvorurteile die Betonung einer an den Prinzipien der Vernunft und des solidarisch-humanen Miteinanders von Menschen verschiedener Herkunft, Hautfarbe und gesellschaftlicher Orientierungen ausgerichteten Alternative zwingend erforderlich machen.

Natürlich kann weder ein Alternativprogramm an wirtschaftspolitischen Forderungen und Maßnahmen noch das Ausmalen einer nachkapitalistischen sozialistischen Gesellschaft am grünen Tisch entworfen werden; insofern kann es sich bei dem vorliegenden Text nur um ein Angebot zur Diskussion handeln. Jedoch bedarf es innerhalb der kritisch-alternativen Diskussion um Vorschläge mit einem hinreichenden Konkretionsgrad, um dieselbe voranzubringen. Bei der Darstellung der kurzfristigen Maßnahmen eines politökonomischen Minimalkonsenses zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krisenfolgen in der Gegenwart ist daher der Auseinandersetzung mit aktuellen Vorschlägen und Beiträgen ungeachtet der Problematik ihres möglichen Veraltens bei raschen Veränderungen der sozioökonomischen Wirklichkeit und der darauf bezogenen politischen Diskussionsbeiträge der Vorzug gegeben worden.

Diese Gefahr eines Überholtwerdens der vorgeschlagenen Maßnahmen von der Wirklichkeit ist naturgemäß bei der Entwicklung längerfristiger Alternativen in erheblich geringerem Maße gegeben. Hier sind jedoch bestimmte grundlegende Prämissen als Voraussetzungen notwendig.

Dies betrifft zum einen den Wirkungsraum: Ich habe mich nachfolgend trotz der Krisen und der dysfunktionalen Reaktionen seitens der herrschenden politischen »Eliten« für eine positive Bezugnahme und Orientierung auf die Europäische Union bzw. Euro-Zone als Rahmen für eine sozialistische Wirtschaftspolitik festgelegt und mich damit in einen Gegensatz zu den linken Positionen begeben, die mittlerweile kapituliert haben und einen Austritt eines Landes aus der gemeinsamen Währung entweder offen propagieren oder doch zumindest als kleineres Übel in Kauf nehmen würden. Denn mit der Europäischen Union (Euro-Zone) besteht ein ausbaufähiger und auszubauender supranationaler Verbund hochentwickelter Ökonomien mit einem hohen wirtschaftlichen Gewicht und daher einem potentiell positiven Beispielcharakter auch für andere Teile der Weltwirtschaft. Eine Re-Orientierung auf nationalstaatliche Beschränkungen fällt objektiv trotz der immanenten Konstruktionsfehler und Defizite dieser Europäischen Union bzw. Euro-Zone hinter bereits erreichte allgemein-zivilisatorische, politische und ökonomische Vergesellschaftungsformen zurück und ist daher keine vorwärtsweisende und erfolgversprechende politische Alternative. Es versteht sich von selbst, dass diese europäische Orientierung den Umbau der gegenwärtigen europäischen Institutionen und noch mehr eine tiefgreifender Veränderung der europäischen Politik zwingend erforderlich machen; dass dies prinzipiell möglich ist, haben gerade die konservativ-neoliberalen Kräfte vor dem Hintergrund der Euro-Krise gezeigt – allerdings in die falsche Richtung.

Zum zweiten ist bezüglich einer modernen Sozialismus-Konzeption die Frage nach dem Stellenwert des Marktes grundsätzlich zu beantworten. Nach der hier unterlegten Interpretation der Marx'schen Theorie fällt die Absage an zentral-administrative Planungsmechanismen überkommener Art nicht nur leicht, sondern erweist sich geradezu als zwingend. Dies ist jedoch noch immer kein allgemeiner Konsens innerhalb der sozialistisch-kommunistischen Linken. Um so wichtiger

ist die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der untergegangenen realsozialistischen Staaten, sowohl ihrer anfänglichen Erfolge durch zentrale Planungen und Ressourcenzuweisungen als auch mit den seit Anfang/Mitte der 1960er Jahre geführten Reformdiskussionen, die jedoch nicht weit genug gingen und in der Praxis nur unvollständig umgesetzt werden konnten. Demgegenüber sind die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse der sozialistischen Marktwirtschaft der VR China gerade wegen einer zwar schrittweise hergestellten, jedoch im Ergebnis dominierenden Marktallokation hervorstechend. Auch wenn in China keineswegs alle Probleme gelöst worden sind und darüber hinaus auch systemisch-inhärente Defekte gegenüber einer wirklichen Produzentendemokratie und politisch-sozialen Emanzipation ausgemacht werden können, sind grundlegende Entscheidungen richtungsweisend, zunächst für Länder wie bspw. Kuba, die sich auf einem im Großen und Ganzen vergleichbaren gesellschaftlichen Entwicklungsstand befinden. Für hochentwickelte Volkswirtschaften bzw. einen integrierten europäischen Gesamtproduktionsprozess sind naturgemäß andere Maßnahmen, Instrumente und Vorgehensweisen relevant; gleich bedeutsam und richtungsweisend für diesen europäischen Gesamtproduktionsprozess ist aber die Festlegung auf eine Dominanz marktwirtschaftlicher Ressourcenallokation, die durch veränderte Eigentumsverhältnisse eingeeht und durch eine makroökonomische Strukturpolitik – im Verein mit anderen makroökonomischen Politiken (Geld- und Finanzpolitik) – entsprechend den in demokratischen Willensbildungsprozessen ermittelten Vorgaben auf den verschiedenen Ebenen gesteuert wird. Der Aufweis des qualitativen Unterschieds einer solchen sozialistischen Marktwirtschaft gegenüber einem gebändigten Kapitalismus der »sozialen Marktwirtschaft«, aber auch die bedeutsamen Differenzen zu den originär Keyneschen Vorstellungen einer »Mixed Economy«, die allerdings in der Realität nie umgesetzt worden ist, macht dabei den systemspezifischen bzw. systemsprengenden Charakter dieser Sozialismus-Konzeption deutlich.

Die vorliegend angezielte »neue Welt« eines Sozialismus in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik bricht mit gängigen Zuschreibungen sowohl der öffentlichen Meinung als auch vielen überkommenen sozialistischen Theoremen. Es geht nicht nur um Umverteilung von Einkommen und vorhandenem Vermögen, sondern auch und wesentlich um die Veränderung von deren Erzeugungsbedingungen mit einer beständig gesteigerten Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit; deren Resultate sind auf zusätzliche Gebrauchswerte und freie Zeit für alle zu verteilen. Die Steuerung der Konsumtionsmittel-Produktion durch Angebot und Nachfrage auf den (Käufer-)Märkten enthält die Absage an bevormundende Bedürfniskritik und macht auf der Grundlage einer gesellschaftlich kontrollierten Einkommensverteilung nach Leistung erst mit einer wirklichen Konsumentensouveränität. Die sozialistische Marktwirtschaft beruht auf der vergesellschafteten Produktion im Eigentum der assoziierten Produzenten, benötigt aber zugleich auch eine Kultur des Unternehmertums mit Initiativgeist und Innovationsbereitschaft, die politisch gefördert und durch die Mitentscheidung der unmittelbaren Produzenten beeinflusst und kontrolliert wird. Eine nicht am Werkstor endende Demokratisierung der Ge-

sellschaft soll die Masse der Gesellschaftsmitglieder zu selbstbewussten Produzenten qualifizieren, die ihre Individualität frei entfalten, nicht auf Kosten des jeweils anderen, sondern auf der Grundlage vielfältiger gesellschaftlich verantworteter Angebote. Dies unterstellt eine Strukturpolitik nicht nur im industriellen und kommerziellen Bereich, sondern darüber hinaus auch im Bereich soziokultureller Dienstleistungen; diese ist zugleich das Einfallstor für eine schrittweise, nach Maßgabe der Entwicklung des gesellschaftlichen Mehrprodukts erweiterbare Einführung kommunistischer Verteilungsformen: jedem nach seinen Bedürfnissen, d.h. eine Verteilung unabhängig von monetären Budgetrestriktionen. Wir betrachten einen derartigen Gesellschaftsentwurf nicht nur als vereinbar mit den Vorstellungen von Karl Marx und Friedrich Engels, sondern als konsequente Umsetzung derselben und ebenso konsequenten Bruch mit den Zerrbildern von Mangelwirtschaft, kollektivistischer Bevormundung und politischen Fehlleistungen. Derartige Vorbehalte sind einerseits zu Recht wegen der systemischen Defekte der seinerzeitigen real existierenden sozialistischen Staaten, andererseits aber auch aus fortbestehender antikommunistischer Hetze mit vordergründigen egoistischen Motiven der herrschenden Klassen in der medialen Öffentlichkeit und im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung verbreitet.

Die Konkretisierung der Maßnahmen sozialistischer Wirtschaftspolitik, welche die Herstellung einer derartigen sozialistischen Marktwirtschaft zum Ziel haben, erfolgt nachfolgend insbesondere vor dem Hintergrund der arbeits- und gesellschaftsrechtlichen Bedingungen der Bundesrepublik, bestehen hier doch – trotz der Wirkung eines »roll-back« durch mehrere Jahrzehnte neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – durch die kodifizierten Mitbestimmungsregelungen (immer noch) vielfältige Ansatzpunkte für den Aufbau und die Ausgestaltung einer wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance, die innerhalb der Unternehmen eine sozialistischen Anforderungen gerecht werdende perspektivische Mitwirkung und Mitentscheidung der Mitarbeiter bieten können. Die bundesrepublikanische Folie dient hier der Illustration und Konkretion, nicht der Darstellung eines Ideals, nach dem sich die Verhältnisse in anderen Ländern zu richten hätten. Entsprechendes gilt für den Schlussabschnitt in diesem Buch, der die sozialen Träger einer sozialistischen Modernisierungskonzeption identifiziert, zugleich allerdings auch die Verantwortung der gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der Bundesrepublik als faktischer Hegemonialnation innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für die grundlegende Veränderung der Politik der Institutionen der EU sowie der Euro-Zone unterstreicht.

Wie eingangs bemerkt, füllt der vorliegende Band die bestehende Lücke des ursprünglich konzipierten Projekts. Ergänzungen, die über die jeweilige Fortschreibung des dokumentierten empirisch-statistischen Materials und dessen Interpretation hinausgehen (vgl. dazu auch Krüger 2015a), sind allerdings denkbar und würden sich einerseits auf eine gesonderte Betrachtung der wirtschaftlichen Bedeutung und Einflussnahme des Immobiliensektors und seiner Variablen (Bauinvestitionen, Grundrente, Boden- und Häuserpreise als fiktives Kapital etc.) für die

Kapitalakkumulation, andererseits auf eine gesonderte und eingehendere Untersuchung der sozialstaatlichen Umverteilungsprozesse beziehen, die vorliegend nur in ihrem Resultat aufgenommen worden sind. Ein solcher Ergänzungsband gehörte einer etwaigen Fortsetzung der vorliegenden Reihe der »Kritik der politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse« an.

Berlin, im Oktober 2015

Kapitel 22:

Formierung einer »Koalition der Fortschrittlichen«

a) Gewerkschaften

Das sozialistische Projekt bleibt ein Projekt der sozialen Emanzipation, welches auf die Etablierung freier, assoziierter Arbeit fokussiert ist, sich allerdings keineswegs darin erschöpft, da sich das eigentliche »Reich der Freiheit« ja erst außerhalb der Arbeit erhebt. Gleichwohl bleibt der Schulterschluss mit den Gewerkschaften als unmittelbarer Assoziation der arbeitenden Klassen fundamental. Um auf der politischen Ebene Einfluss und Mehrheiten zu gewinnen, ist die Verankerung in und vorgängige Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für die politischen Organisationen und Vertreter innerhalb der pluralistisch zusammengesetzten »Koalition der Fortschrittlichen« eine wesentliche Voraussetzung und Bedingung.

Die größte Macht hatte die Gewerkschaftsbewegung zur Hochzeit des Fordismus. Der amerikanische »New Deal« mit seinen vielfältigen Regulationen der »industrial relations« zwischen Arbeit und Kapital war in den USA Ausgangspunkt eines Aufschwungs der Gewerkschaften. In den Ländern West-Europas wiederholte sich dieser Macht- und Bedeutungszuwachs der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der anhaltenden Prosperität der Kapitalakkumulation; dies gilt bei jeweils unterschiedlicher national-traditioneller Verfassung der Gewerkschaften¹ gleichermaßen für alle westeuropäischen Länder mit bürgerlich-demokratischer politischer Verfassung.² Im deutschen DGB mit ursprünglich 17 Einzelgewerkschaften – daneben existierten bzw. existieren mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft (ging später in der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf) und dem Deutschen Beamtenbund sowie berufsständischen Gewerkschaften außerhalb des DGB organisierte Verbände – waren in der »alten« Bundes-

¹ Die Gewerkschaften Italiens und Frankreichs sind in politische Richtungsgewerkschaften, die den sozialdemokratischen, kommunistischen sowie christdemokratischen Parteien nahestehen, differenziert. Die britischen Trade Unions waren in fast 500 Gewerkschaften mit verschiedenen Organisationsformen – Industrie-, Berufs- und allgemeine Gewerkschaften – zersplittert; viele der im Dachverband »Trade Union Congress« (TUC) organisierten Einzelgewerkschaften unterstützten die Labour Party und waren qua Gewerkschaftsausweis gleichzeitig Parteimitglieder. In Schweden gab es drei große Gewerkschaften, die neben den Angestellten und Beamten des privaten und öffentlichen Dienstes auch einzelne Berufe separat organisierten. Der einheitsgewerkschaftliche Charakter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) war durch eine offizielle Anerkennung von 5 Fraktionen und eine separate Organisation der Angestellten charakterisiert (vgl. Breum 1981: 11).

² Ausgenommen sind also Länder wie Spanien und Portugal, die bis in die 1970er Jahre diktatorisch beherrscht wurden und in denen bis dahin weder eine eigenständige Gewerkschaftsbewegung noch ein linker Parteienpluralismus im (legalen) politischen Raum existieren konnte.

republik zwischen 5,5 und knapp 8 Mio. Mitglieder organisiert, was einem Organisationsgrad zwischen 30 und knapp 40% der lohnabhängigen Erwerbspersonen entsprach. Nach dem Anschluss der DDR 1990 und der Übernahme der DDR-Gewerkschaften des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) waren im DGB kurzzeitig rd. 11 Mio. Mitglieder organisiert. Aktuell (2014) bestehen nach mehreren Fusionen 8 Einzelgewerkschaften im DGB mit insgesamt gut 6,1 Mio. Mitgliedern; das Verhältnis zwischen Männern und Frauen beträgt dabei etwa 2:1. IG Metall und ver.di sind mit jeweils über 2 Mio. Mitgliedern die größten Einzelgewerkschaften (vgl. DGB-Geschäftsberichte).

Das Auf und Ab der Mitgliederentwicklung der DGB-Gewerkschaften zeigt anschaulich viele Wechsel der Bedeutung und Attraktivität der Gewerkschaften in einer sich seit dem Zweiten Weltkrieg erheblich gewandelten Arbeitswelt. Dies spiegelt sich auch in der jeweiligen Programmatik des DGB wider. Auf dem Gründungskongress des DGB 1949 wurde noch das Konzept einer grundlegenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend sozialistischen Zielsetzungen vertreten: rationelle Planung der Volkswirtschaft und Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und -gestaltung sowie sozial gerechte Verteilung der volkswirtschaftlichen Erträge waren die Eckpunkte. Dass diese Forderungen nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben, wird deutlich anhand der vorstehend skizzierten Sozialismus-Konzeption mit genossenschaftlichen Eigentumsformen, einer wirtschaftsdemokratischen Corporate Governance sowie einer makroökonomischen Strukturpolitik. Wenn auch diese seinerzeitigen Forderungen nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs anfänglich mehrheitsfähig innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen gewesen waren, so zeigt die nachfolgende Entwicklung der 1950er und 1960er Jahre zweierlei. Zum einen eine deutliche Verschiebung der politischen Programmatik der Gewerkschaften hin zu einer mehrheitlichen Akzeptanz einer sozialstaatlich eingehegten kapitalistischen Marktwirtschaft, zum anderen die fehlende Ausgereiftheit dieser ursprünglichen sozialistischen Programmatik. In der Bundesrepublik wurden diese Defizite mit dem grausamen Scheitern der gewerkschaftlich-gemeinwirtschaftlichen Unternehmen (»Neue Heimat«, »Konsum«, »Bank für Gemeinwirtschaft« etc.) offenbar. In anderen Ländern, namentlich in Großbritannien, wo unter Labour-Regierungen eine gemischte Wirtschaft mit verstaatlichten Industriezweigen und teilweiser »closed-shop-Organisation« in die Praxis umgesetzt werden konnte, zeigte sich die Halbherzigkeit und Starrheit einer an überkommenen Sozialismus-Konzepten orientierten Wirtschaftsorganisation mit einer unzureichenden Synthese zwischen gesellschaftlicher Steuerung und Marktallokation anhand einer im Ganzen defensiv bleibenden staatlichen Intervention gegenüber den dominierenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Die prosperierende wirtschaftliche Entwicklung der beschleunigten Kapitalakkumulation der 1950er und 1960er Jahre und die Einbindung der westeuropäischen Staaten in politische (NATO) und wirtschaftliche Zusammenschlüsse (EWG, dann

EG) setzte andere Topoi auf die gewerkschaftliche Agenda: Steigerung der Reallöhne im Rahmen einer produktivitätsorientierten Tarifpolitik, Arbeitszeitverkürzung in allen Formen (freier Samstag, Verlängerung des Jahresurlaubs, Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch früheren Renteneintritt sowie zuletzt 35-Stunden-Woche) und Ausbau des anfänglich noch rudimentären Sozialstaats durch ein dynamisiertes Rentensystem, Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Ausbau des Bildungssystems etc. Solange die Kapitalakkumulation sich in beschleunigter Form entwickelte, wurden mit dem Abbau der anfänglich hohen Arbeitslosigkeit bemerkenswerte Erfolge in der Tarif-, Mitbestimmungs- und Sozialpolitik durchgesetzt.³ Mit der Ablösung der beschleunigten Kapitalakkumulation durch die strukturelle Überakkumulation von Kapital geriet die Gewerkschaftsbewegung erst langsam, dann immer schneller und deutlicher in die Defensive; die durch den Anschluss der DDR vollzogene »Wiedervereinigung« Deutschlands manifestierte die Subalternität der arbeitenden Klassen und ihrer unmittelbaren Assoziation trotz und zum Teil auch wegen des kurzzeitigen Mitgliederzuwachses durch die ostdeutschen Gewerkschafter. Denn die fundamentalen ökonomischen Daten am Arbeitsmarkt, die in erster Linie das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital bei Tarifkämpfen und Auseinandersetzungen im Betrieb bestimmen, verschlechterten sich im vereinigten Gesamtdeutschland nochmals erheblich zuungunsten der abhängig Beschäftigten; die lang gewachsene Enttäuschung und Verbitterung gerade der DDR-Arbeiterklasse und sonstigen Werktätigen über das Scheitern des Sozialismusversuchs sowie die ideologisch-triumphalistische Offensive der herrschenden Kreise in der Alt-BRD und die bis heute wirkende Deutungshoheit der so genannten »Eliten« in Wirtschaft, Politik und Medien taten ein Übriges.

Die zum Teil auch unter sozialdemokratischen Regierungen durchgesetzten Deregulierungen bei sozialstaatlichen Regelungen und am Arbeitsmarkt haben in den letzten Jahrzehnten und verstärkt unter dem Regime des Finanzmarktkapitalismus die Defensivsituation der Gewerkschaften zementiert. Die weitgehende Aushebelung der Flächentarifverträge durch Haustarifverträge sowie gänzlich tariffreie Zonen, die »Hartz-IV-Gesetzgebung« und der Umbau der Arbeitsmarktpolitik sowie vor allem die Legalisierung atypischer und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse mit dem Aufbau eines großen Niedriglohnssektors zwangen die Gewerkschaften auch in ihrer Kernkompetenz, der Tarifpolitik, zu erheblichen Zugeständnissen, die für die meisten abhängig Beschäftigten zu stagnierenden und schließlich sinkenden Reallöhnen seit Anfang der 1990er Jahre führten. In dieser Zeit verloren die Gewerkschaften kontinuierlich Mitglieder und waren bei Tarifauseinandersetzungen vielfach gezwungen, gute Miene zum bösen Spiel der Unternehmerseite zu machen. Ihrer Funktion als Repräsentanten der abhängig Beschäftigten fehlte zunehmend der Unterbau einer Verankerung in den Betrieben und in Gestalt der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder. Im Ergebnis ging auch den nicht sozialpart-

³ Für die BRD-Entwicklung vgl. die Darstellung mit empirisch-statistischen Daten in Kapitel 3 in diesem Band.

nerschaftlich geprägten Einzelgewerkschaften das ursprüngliche Selbstverständnis als Gegenmacht zum Kapital verlustig und sie wurden von den Repräsentanten des Kapitals und der Politik zunehmend nur noch als Ordnungsmacht geduldet.

Erst der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008/09 im Gefolge der vorher eklatierten internationalen Finanzmarktkrise hat diesen Niedergang der Gewerkschaften in der Bundesrepublik vorerst stoppen können. Der kurzzeitige Schwenk der offiziellen Wirtschaftspolitik zu krisenbekämpfender öffentlicher Nachfragesstützung und Begrenzung der Entlassungen durch erweiterte Kurzarbeiterregelungen hat nicht nur reale Erfolge gezeitigt, sondern auch die Rolle der Gewerkschaften als Großakteure im politischen Raum wieder gestärkt. Der vergleichsweise raschen Überwindung des Kriseneinbruchs in Deutschland, der auch in der Krise stabilisierten Beschäftigungslage sowie der durch die Antikrisenmaßnahmen gewachsenen Rolle der Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass trotz des stagnativen Grundtons der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2012-14 zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder nennenswerte Geldlohnsteigerungen durchgesetzt werden konnten, die den Reallohnverlust der vorangegangenen Jahre zu einem Teil kompensieren konnten; auch die Durchsetzung eines flächendeckenden Mindestlohnes ab Anfang 2015, obwohl ursprünglich von den Gewerkschaften als Eingriff in ihre Tarifhoheit abgelehnt und vielfach Beschäftigtengruppen unmittelbar betreffend, die eine eher geringe Affinität zu Gewerkschaften haben, wirkt in diesem Zusammenhang stabilisierend. Damit konnte auch der Mitgliederschwund der Gewerkschaften fürs Erste gestoppt werden.⁴

Gleichwohl wäre es verfrüht und überzogen, diese Entwicklung der letzten Jahre bereits als Wendepunkt zu begreifen. Erstens ist die Stabilisierung der Rolle der DGB-Gewerkschaften ebenso wie die im Vergleich zu den anderen Ländern Europas überdurchschnittliche konjunkturelle Entwicklung ein deutsches Sonderphänomen, welches in keinem anderen größeren EU-Land eine Entsprechung findet. Im Gegenteil setzt sich der Niedergang der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich und Italien fort und die britischen Gewerkschaften haben sich, wie die britische Industrie, bis heute nicht von der zerstörerischen Politik unter M. Thatcher und ihren Nachfolgern erholt. Zum Zweiten führen Achtungserfolge der DGB-Gewerkschaften bei Tarifabschlüssen keineswegs direkt zu einer Wiederaufwertung des Flächentarifsystems und des Normalarbeitsverhältnisses, von einer offensiven Wahrnehmung eines wirtschafts- und allgemein-politischen Mandats ganz zu schweigen. Unter dem Druck der sinkenden Beitragseinnahmen wegen des Mitgliederschwunds musste hauptamtliches Personal bei den Gewerkschaften abgebaut werden; die Be-

⁴ Die Umsetzung von »Organizing-Kampagnen« als einer neuen Form der Mitgliederwerbung spielt dabei eine positive Rolle. Dennoch ist die Struktur der Mitgliedschaft in den Industriegewerkschaften, namentlich in der IG Metall, immer noch weit von einem repräsentativen Abbild der Beschäftigtenstruktur entfernt. Trotz vieler Anstrengungen besteht noch ein großer Nachholbedarf bei der gewerkschaftlichen Organisierung der »klassischen« Angestellten, d.h. höherer technischer Funktionen und insbesondere kommerzieller Funktionen in den jeweiligen Branchen und Organisationsbereichen.

treuungsangebote, bspw. die Schulungsinhalte für Betriebsräte und Vertrauensleute, mussten ebenfalls deutlich ausgedünnt werden. Oppositionelles Wissen über Wirtschaftsanalyse und Wirtschaftspolitik sowie Diskussionsangebote zur Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind heutzutage nur noch in überwinterten Nischen gewerkschaftlicher Bildungsangebote zu finden.

Als unmittelbare Assoziation der abhängig Beschäftigten sind die Gewerkschaften der naturwüchsige Bereich zur Ausbildung eines kritischen Bewusstseins gegenüber den kapitalistischen Verhältnissen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess. Dazu bedarf es der Unterstützung durch professionelle Bildungsangebote, um das widersprüchlich bestimmte Alltagsbewusstsein der Arbeitenden zu strukturieren und seine illusorischen Momente zu dechiffrieren und zurückzudrängen. Die wirtschaftliche und gesellschaftlich-politische Alphabetisierung der Massen, beginnend bei ihren demokratisch legitimierten Repräsentanten (Betriebsräten, Vertrauensleuten etc.) ist neben der Hauptaufgabe der Wiedererringung größerer Macht in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Kapital im Rahmen der Tarifpolitik eine zweite wichtige Herausforderung für die Gewerkschaften, um ihre Defensivsituation zu überwinden und wieder an ihr ursprüngliches Selbstverständnis als Gegenmacht anzuknüpfen. Sie ist auch Voraussetzung dafür, dass die gewerkschaftlich organisierten Repräsentanten der Belegschaften in den Mitbestimmungsgremien ihre Mitbestimmungsrechte, zunächst im gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Umfang, vollinhaltlich und kompetent ausüben können – ganz zu schweigen von einer Kultur- und Bildungsrevolution, die die Masse der Arbeiterklasse und der sonstigen lohnbeziehenden Mittelschichten allererst in den Status selbstbewusst agierender und (mit-)bestimmender Akteure bei einzel- und gesamtwirtschaftlichen Sachverhalten versetzen kann.

b) Neue soziale Bewegungen

Das Aufkommen sozialer Bewegungen jenseits überkommener Gewerkschafts- und Parteistrukturen ist kein neues Phänomen. Nach der spontanen Bildung von Antifa-Komitees in den letzten Kriegsmonaten und den unmittelbaren Nachkriegsjahren, deren Bedeutung mit der Festigung der politischen Staatlichkeit sowie der prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung wieder verschwand, gab es in der Bundesrepublik bereits in den 1950er Jahren die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und den Aufbau der Bundeswehr, danach die Bewegung gegen die Notstandsgesetze. Die Friedensbewegung der 1980er Jahre gegen Aufrüstung und den so genannten Nato-Doppelbeschluss mit der Kundgebung am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten mit 350.000 Teilnehmern war keineswegs auf die Bundesrepublik beschränkt, sondern fand in mehreren anderen westeuropäischen Ländern ebenso statt. Zusammen mit den Anti-Atomkraft-Initiativen gegen den Bau neuer Atomkraftwerke, die vorgesehene Endlagerstätte für Atom Müll in Gorleben und so genannte Castor-Transporte von Brennstäben war die bundesdeutsche Friedensbe-

wegung ein Nukleus für die Entstehung der Partei »Die Grünen« und blieb lange Zeit ihr wesentliches außerparlamentarisches Standbein. Bei allen diesen Bewegungen handelte es sich um pluralistische, parteiungebundene soziale Massenbewegungen mit einem jeweils spezifischen, zumeist auf einen Politikbereich fokussierten Thema. Mit der positiven oder negativen Erledigung dieses Themas durch die politischen Entscheidungsträger ebnten die sozialen Bewegungen wieder ab oder fanden, wie im Falle der Ökologie- und Anti-Atomkraftbewegung in einer neuen Partei ihre bevorzugte politische Heimat.

Mit dem Siegeszug des Finanzmarktkapitalismus entstand mit Attac – Association pour une Taxation des Transactions financières pour l’Aide aux Citoyens – eine globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation (NGO)⁵ als Institutionalisierung einer internationalen sozialen Bewegung, die sich gegen die Mächtigkeit des Geldkapitals und das Regime der Finanzialisierung der globalen wirtschaftlichen Beziehungen richtet. Attac hat weltweit ca. 90.000 Mitglieder und agiert in 50 Ländern; im Namen kommt eine zentrale Forderung, nämlich die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer zum Ausdruck, mit der der Finanzmarktkapitalismus gebändigt werden soll. Darüber hinaus steht Attac u.a. für die Erhebung internationaler Steuern und Abschaffung der Steueroasen, fairen Handel statt dereguliertem Freihandel, solidarische Ökonomie, konzernfreie und demokratisch kontrollierte öffentliche Daseinsvorsorge sowie Erhaltung und Ausbau des Sozialstaats (Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen); ein wesentliches Augenmerk liegt darüber hinaus auf den Entwicklungen in Lateinamerika durch Veranstaltung von alternativen Sozialgipfeln. Als institutionalisierte Bewegung führt Attac Deutschland regelmäßig jährlich wiederkehrende Veranstaltungen durch, unterstützt Kampagnen mit verschiedenen Schwerpunkten im Rahmen der vertretenen politischen Ziele, besitzt einen wissenschaftlichen Beirat und betreibt organisierte Öffentlichkeitsarbeit. Verschiedene politische, ökologische und auch christliche Organisationen, die dem Mitte-Links-Spektrum im weitesten Sinne zuzuordnen sind, sind ständige Mitglieder von Attac Deutschland.

Nach dem Ausbruch der internationalen Finanzmarktkrise 2007/08 bildete sich mit »Occupy Wallstreet« in den USA eine soziale Bewegung, die sich gegen die zerstörerische Politik der Finanzindustrie gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft als Ganzes richtete und mit der Besetzung des New Yorker Zuccotti-Parks in der Nähe der Wall Street von Mitte September bis Mitte November 2011 Aufsehen erregte. Die auch in anderen Ländern gebildeten Occupy-Bewegungen richten sich gegen soziale Ungleichheiten, Spekulationsgeschäfte von Banken insbesondere bei Nahrungsmitteln und bekämpfen den Einfluss der Wirtschaft auf die Politik. Im Unterschied zu Attac sind die Occupy-Bewegungen viel weniger insti-

⁵ Andere international agierende NGOs, die schwerpunktmäßig im politischen Raum tätig sind, wie Amnesty International, Transparency u.a. stehen vorliegend, wo es um im engeren Sinne wirtschaftliche Sachverhalte geht, nicht im Fokus. Sie sind jedoch vielfach naturgemäße potenzielle Bündnispartner einer Koalition fortschrittlicher Kräfte.

tutionell organisiert und haben daher einen weitgehend spontanen Charakter. Die gilt ebenso für »Blockupy«, ein deutsches linkspolitisches Netzwerk aus mehreren Organisationen, das 2012/13 Aktionstage gegen die Europäische Zentralbank in Frankfurt und die europäische Finanzpolitik in der Eurokrise veranstaltete. Im März 2015 ging es darum, die Feier zur Eröffnung des neuen Gebäudes der EZB zu »crushen«; »Blockupy« versteht sich als Teil der radikalen Linken am Rande von bzw. jenseits der Partei DIE LINKE.

Die verschiedenen im vorliegenden Zusammenhang interessierenden sozialen Bewegungen – im weitesten Sinne sind dazu auch Bürgerproteste zu zählen, die gegen singuläre politische und wirtschaftliche Projekte wie beispielsweise den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs und die kapitalistische Inwertsetzung und Neubebauung freigezogener Innenstadtfächen in mehrwöchigen Demonstrationen zu Felde zogen (»Wut-Bürger« gegen »Stuttgart 21«) oder die seinerzeitigen »Montags-Demonstrationen« vornehmlich in Ostdeutschland, mit denen gegen die Hartz-IV-Gesetze der Bundesregierung protestiert wurde⁶ – sind heterogen-pluralistisch zusammengesetzte, teilweise auf wenige, wenn nicht nur auf ein Ziel konzentrierte Bewegungen in der zivilgesellschaftlich-außerparlamentarischen Öffentlichkeit. Ihre Mitglieder und Teilnehmer erleben in und mit den veranstalteten Aktionen erste politische Sozialisationen und Politisierungen. Die in die Öffentlichkeit gebrachten Ziele und vorgeschlagenen Maßnahmen wirken bei der politischen Willensbildung der Bevölkerung mit. Wenn diese demokratischen Idealen verpflichteten sozialen Bewegungen festere Konturen und internationale Dimensionen erhalten, sind sie naturwüchsige Bündnispartner für eine Koalition fortschrittlicher Kräfte im politisch-parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum und als solche unverzichtbar für die Erringung und Verteidigung von Hegemonie zu zentralen Fragen in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung und Willensbildung; vergleicht man bspw. die Forderungen von Attac Deutschland zur Wirtschafts- und Sozialpolitik mit den vorgeschlagenen Maßnahmen des politökonomischen Minimalkonsenses, wird man in vielen Punkten Übereinstimmungen feststellen können.

c) Linke Parteien

In den zurückliegenden rd. 100 Jahren war die politische Linke grundlegend geprägt durch die historische Spaltung der (europäischen) Arbeiterbewegung seit dem Ersten Weltkrieg in einen sozialdemokratischen und sozialistisch-kommunis-

⁶ Soziale Bewegungen müssen dabei, wie die so genannten Pegida-Demonstrationen in verschiedenen Städten gezeigt haben, keineswegs im weitesten Sinne linke, fortschrittliche Anliegen und Ziele transportieren, sondern können auch rechtspopulistische und rassistische, fremdenfeindliche Inhalte haben; allerdings fordern sie auch zum Widerstand heraus wie zahlreiche Gegenkundgebungen zu diesen islamophoben und fremdenfeindlichen Demonstrationen immer wieder zeigen.

tischen Flügel. In dieser Zeitperiode waren ihre Akteure mit drei Weltwirtschaftskrisen konfrontiert, denen jeweils unterschiedlich ausgeprägte Konstellationen einer strukturellen Überakkumulation des Kapitals unterlagen, deren progressiv-zivilisatorische Lösung die kapitalistischen Gesellschaften (West-)Europas zu einer qualitativ neuen und andersartigen Erzeugung und Verwendung ihres gesamtwirtschaftlichen Mehrprodukts hätten zwingen müssen.⁷

Zugespitzt lässt sich formulieren, dass beide Strömungen der Arbeiterbewegung analytisch und zeitdiagnostisch einseitig auf die Weltwirtschaftskrise der 1920er und 1930er Jahre reagierten: Die Sozialdemokratie verharrte in Attentismus, ließ den von W. Woytinski, F. Tarnow und F. Baade konzipierten WTB-Plan des ADGB vom Januar 1932 links liegen und setzte auf die naturwüchsige Krisenbereinigung durch die Wiederkehr des industriellen Zyklus, wohingegen die Kommunisten schon die finale Krise des Kapitalismus ausriefen. In beiden Positionierungen wurde das Krisenlösungspotenzial des Kapitalismus falsch eingeschätzt. Das Festhalten der SPD an ihrer traditionellen Reform- und Umverteilungspolitik und das Setzen der Kommunisten auf Radikalisierung bekamen das entstehende politische Vakuum aus Arbeitslosen und ruiniertem Mittelstand nur unzulänglich in den Blick, in das dann der Faschismus hineinstoßen konnte; die »Krisenlösung« mündete im Zivilisationsbruch.

Die Weltwirtschaftskrise 1975ff. fiel in die kurze Zeitspanne sozialdemokratischer Hegemonie in Europa. Dem bedeutsamen zeitgeschichtlichen Dokument der Gespräche zwischen Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme (vgl. Brandt/Kreisky/Palme 1975) ist zu entnehmen, dass die Sozialdemokraten damals noch ein gebildetes zeitdiagnostisches Gespür besaßen und ihre Gegenwarts Krise von 1975 mit der von 1929ff. in Beziehung setzten, aber letztlich – Brandt vorweg – als Krisenlösung den Rückzug unter das gewohnte »Dach der sozialen Marktwirtschaft« anstrebten. Die aufkommende neue Rolle der Vermögensbesitzer und des durch sie beförderten politischen Neoliberalismus wurde nicht gesehen. Auch diese Krise ging mit sozialstrukturellen und parteipolitischen Verschiebungen einher: steigende Arbeitslosigkeit, abnehmende Verankerung der Sozialdemokratie in der industriellen Lohnarbeit, Rechtsverschiebung des bürgerlichen Lagers und Neokonservatismus. Innerhalb der Linken jenseits der Sozialdemokratie waren die 1970er Jahre, befördert durch das Ende der autoritären Regime in Griechenland, Portugal und Spanien, ein Jahrzehnt strategischer Innovationen – Eurokommunismus und historischer Kompromiss in Italien, Programme commun in Frankreich –, die aber

⁷ Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an Keynes' Schrift »The Economic Consequences of the Peace« von 1919 (vgl. Keynes 1919), in der er sich nicht nur gegen die Regelungen des Versailler Vertrages bezüglich der Deutschland auferlegten Reparationen wandte, sondern bereits vorausschauend Verhältnisse für einen Kapitalismus jenseits der laissez-faire-Prinzipien ausmalte. Genauer dann in seiner Schrift »Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder« (vgl. Keynes 1930), in der er für die Zeit nach der Weltwirtschaftskrise von 1929ff. wirtschaftspolitische Leitbilder für kommende Generationen skizzierte (vgl. auch Krüger 2012b: 293ff.).

nicht voll zum Tragen kommen konnten und innerhalb der traditionellen kommunistischen Parteien als »Sozialdemokratisierung« abgeblockt wurden. In internen Einschätzungen von KPdSU und SED wurde sogar die sozialdemokratische Hegemonie jener Zeit bisweilen als Hauptbedrohung verortet. Der auf internationalem politischen Parkett praktizierte Entspannungspolitik entsprach keine substantielle strategische Option einer Erneuerung der internationalen Arbeiterbewegung.

Mit dem Scheitern des Eurokommunismus in Italien, Spanien und Frankreich – in Italien und Spanien im Hinblick auf eine Regierungsübernahme oder -beteiligung, in Frankreich im Hinblick auf Konzipierung und Umsetzung eines sozialistischen Reformprogramms aus der Position eines Juniorpartners innerhalb der Regierung – war eine innerkommunistische Parteireform und die Erneuerung kommunistischer Politik im Rahmen entwickelter bürgerlich-parlamentarischer Verhältnisse erfolglos geblieben. Der sich in den 1980er Jahren kritisch gegenüber den kommunistischen und Arbeiterparteien in den realsozialistischen Staaten absetzende Eurokommunismus war endgültig zu Grabe getragen, als 1989/90 die sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa kollabierten und 1991 die Sowjetunion formell aufgelöst wurde. Mit der offiziellen Proklamation des Endes des »Kalten Krieges« und dem Siegeszug des Kapitalismus in diesen Ländern war eine welthistorische Epoche zu Ende gegangen; die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft schien nicht nur die beste aller möglichen Welten, sondern gänzlich alternativlos zu sein. Diesem seinerzeitigen Zeitgeist folgend unterwarfen sich die ehemals großen kommunistischen Parteien Westeuropas einem grundlegenden Transformationsprozess im Hinblick auf ihre Programmatik und verfolgte Politik, die symbolisch auch in einer Veränderung des Parteinamens deutlich wurde. Wie die ehemaligen Regierungsparteien der mittel- und osteuropäischen Staaten verstehen sich diese transformierten westeuropäischen KPen nunmehr als sozialdemokratische Parteien, die nicht mehr die grundlegende Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben, sondern eine mehr oder weniger weitgehende soziale Zählung des Kapitalismus als permanente Reformaufgabe ansehen.

Natürlich ging diese Transformation der großen kommunistischen Parteien Westeuropas nicht konflikt- und widerspruchlos über die Bühne. Teilweise blieben kommunistische Restparteien übrig wie Rifondazione Comunista in Italien nach der Transformation des PCI in den Partito Democratico del Sinistra und nachfolgend in den heutigen Partito Democratico (PD). Teilweise blieben auch die ursprünglichen Parteiorganisationen bestehen, wenngleich die Mitgliederanzahl zurückging und die Stimmen bei allgemeinen Wahlen sich drastisch reduzierten wie in Spanien (PCE) und Frankreich (PCF); in beiden letzteren Fällen blieb allerdings programmatisch eine undogmatische Ausrichtung auf einen pluralistischen Block linker Kräfte wie Izquierda Unida (IU) in Spanien und Front de Gauche in Frankreich erhalten. In wiederum einigen westeuropäischen Ländern behielt die KP ihre marxistisch-leninistische Position bei wie in Portugal (PCP) und Griechenland (KKE). In Griechenland hatte sich allerdings schon während der Hochzeit des Eurokommunismus die KP gespalten; aus der eurokommunistischen KP (Inland) konstituierte sich die

Synapsismos-Gruppierung, die zum Kern des späteren Parteienbündnisses der radikalen Linken SYRIZA wurde. In der Bundesrepublik und in Österreich blieben DKP und KPÖ organisatorisch selbstständig; beide Parteien verloren durch den Zusammenbruch der DDR einen Großteil ihrer bis dato erhaltenen finanziellen Ressourcen, die allerdings den politischen Einfluss beider Parteien in ihren Ländern nicht hatten nennenswert erhöhen können.

Einen Sonderfall stellt die Entwicklung der sozialistisch-kommunistischen Linken in Deutschland dar. Nachdem im letzten Jahr der DDR die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) zuerst faktisch durch »Runde Tische« und Aufnahme von Vertretern der Bürgerbewegungen in die Regierung von Hans Modrow, dann auch formell nach den Volkskammerwahlen von 1990 als Staatspartei abgetreten war, konnte die mittlerweile in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannte und programmatisch und personell erneuerte Organisation erhalten werden und die PDS in der vergrößerten Bundesrepublik der 1990er Jahre zu einer Volkspartei in den ostdeutschen Bundesländern heranreifen.⁸ Die Schwierigkeiten einer gesamtdeutschen Etablierung der PDS wurden erst überwunden, als im Zuge der so genannten »Agenda-Politik« der regierenden Sozialdemokratie sich in Westdeutschland 2004 die »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit« (WASG) aus enttäuschten linken Sozialdemokraten und unabhängigen Linken konstituierte und mit der mittlerweile in Linkspartei.PDS umbenannten PDS gemeinsam in einer Listenverbindung zur Bundestagswahl 2005 kandidierte. 2007 erfolgte der formelle Zusammenschluss zur heutigen Partei DIE LINKE. Die deutsche Linkspartei versteht sich als eine pluralistische Linke, die linke Sozialdemokraten (Forum Demokratischer Sozialismus), Linkssozialisten/Reformkommunisten (Sozialistische Linke) bis hin zu mehr oder weniger orthodoxen Kommunisten (Antikapitalistische Linke und Kommunistische Plattform) vereinigt. Die Linkspartei ist seit der Bundestagswahl 2013 die größte Oppositionspartei und hat in der Bundesrepublik gegenwärtig ein Stimmenpotenzial von rd. 10%. Sie ist in allen Landtagen Ostdeutschlands mit mehr als 20% Stimmanteilen sowie in einigen Landtagen

⁸ Der seinerzeit zuweilen innerhalb der bundesdeutschen Linken anzutreffenden Einschätzung, dass mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und der dadurch diskreditierten kommunistischen Strömung der Arbeiterbewegung sich die historische Chance für die Aufhebung der organisatorischen Spaltung der Arbeiterbewegung eröffnen würde – die Orientierung bestand darin, die verbliebene PDS aufzulösen und in Sozialdemokratie (und Grüne) zu integrieren –, ist entgegenzuhalten, dass der Verzicht auf eine aus der DDR herübergerettete Parteiorganisation die Subalternität der sozialistisch-kommunistischen Strömung vollendet hätte. Das vorgängige Scheitern des Gründungsversuchs einer sozialistischen Partei in der Bundesrepublik – Demokratische Sozialisten als Abspaltung aus der SPD – hatte die organisatorisch-praktischen Schwierigkeiten einer Parteigründung deutlich vor Augen geführt. Ohne den Erhalt der Parteiorganisation der PDS und die Rettung eines Teils des Parteivermögens der SED wäre es wohl kaum zur Etablierung der heutigen Partei DIE LINKE gekommen, die bei aller Kritik, die man konzeptionell und personell äußern mag, einen Wert an sich für die politische Auseinandersetzung in diesem Land darstellt.

Westdeutschlands mit Stimmanteilen unter 10% (Ausnahme: Saarland) vertreten; seit der Landtagswahl in Thüringen 2014 stellt sie als stärkste Fraktion zusammen mit der SPD und den Grünen die Landesregierung und mit Bodo Ramelow den ersten Ministerpräsidenten der Linken in der BRD.

Innerhalb der »Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke« (GUE/NGL) im Europaparlament mit insgesamt 52 Mitgliedern stellt die Deutsche Linkspartei mit 7 (+1 Unabhängiger) Mitgliedern (MdEP) die größte Gruppe (vor SYRIZA mit 6, der spanischen PODEMOS mit 5 und IU mit 4 sowie Front de Gauche mit 3, der italienischen »L'Altra Europa con Tsipras« mit 3, der portugiesischen »Demokratischen Einheitskoalition« (inkl. PCP) mit 3 MdEP sowie der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (tschechische Nachfolgerin der KPCĚ mit 3 Mitgliedern mit Beobachterstatus). Diese europäische Linke ist ebenso differenziert und pluralistisch wie die deutsche Linkspartei; hinzu kommen darüber hinaus jeweilige nationale Besonderheiten und Spezialitäten. In den konkreten politischen Positionen beginnen die Differenzen bereits bei der Positionierung und Bewertung der Europäischen Union, noch mehr der Eurozone; dementsprechend sind längerfristig-sozialistische Perspektiven ebenfalls außerordentlich kontrovers und umstritten.

Immerhin aber besteht Einigkeit in der Notwendigkeit eines eigenständigen organisatorisch-politischen Ausdrucks jenseits der Sozialdemokratie (sowie der Grünen/Europäische Freie Allianz). Die europäische Sozialdemokratie hat im Laufe der letzten Jahrzehnte ihr nach dem Zweiten Weltkrieg lange noch bewahrtes ambivalent-kritisches Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft und der ihr unterliegenden kapitalistischen Produktionsweise mehr und mehr verloren. Als Regierungsparteien haben die SPD unter Gerhard Schröder und die britische Labour Party unter Tony Blair in den 1990er Jahren mit den Verweisen auf alternativlos »moderne« Wirtschaftspolitik und ein neues Verhältnis von »Fordern und Fördern« im Hinblick auf die Organisation des europäischen Sozialstaats zwar einen neuen »Dritten Weg« zwischen Realsozialismus und angelsächsischem Finanzmarktkapitalismus ideologisch proklamiert, tatsächlich jedoch durch Abbau von Schutzrechten am Arbeitsmarkt, Steuererleichterungen gegenüber Unternehmen und Konzernen sowie finanzkapitalistische Deregulierungen teilweise wirksamer als die konservativ-bürgerlichen Regierungen zuvor den Übergang eines politisch gebändigten Kapitalismus zu einer Marktgesellschaft mit der Dominanz finanzkapitalistischer Imperative den Weg bereitet. Mittlerweile sind alle westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien in linksbürgerliche Parteien transformiert, die jegliche grundlegende Systemkritik hinter sich gelassen haben und mit den Mitte-Rechts-Parteien in den verschiedenen Ländern um eine optimale politische Flankierung der Kapitalakkumulation wetteifern. In den Fällen, in denen doch noch einmal in den Wahlkampforderungen zugunsten der so genannten kleinen Leute Partei ergriffen wurde, haben sie vernichtende Wahlniederlagen eingefahren wie die deutsche Sozialdemokratie seit der Bundestagswahl 2009 oder sind von ihren Wahlkampfversprechen als Regierungspartei grundsätzlich abgewichen wie die französischen Sozialisten,

die vor dem Hintergrund ökonomischer Probleme und politischer Widerstände der wirtschaftlichen »Eliten« zu einer gemäßigt neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik übergegangen sind. Ähnliches gilt für die italienische Demokratische Partei (PD) sowie für die spanischen Sozialisten der PSOE während ihrer seinerzeitigen Regierung, in die bezeichnenderweise die Scheinblüte des spanischen Immobilienbooms fiel, der dann in der Krise ab 2007/08 zusammenbrach und die spanische Ökonomie in eine tiefe Krise stürzte.

Diese Hinwendung sozialdemokratischer Politik zu einer bloßen Verwaltung des Kapitalismus und Unterordnung unter die Vorgaben der Finanzmärkte ist allerdings kein ein für alle Mal gegebenes Datum, denn nach wie vor sind die Beziehungen der Sozialdemokratie zu den organisierten Lohnabhängigen in den nationalen Gewerkschaften eng und zu einem Gutteil auch personell verknüpft. Die wachsende Distanz, die sich zwischen einigen DGB-Gewerkschaften und der SPD im Zuge der Schröderschen »Agenda 2010-Politik« aufatet und zur Etablierung einer Partei links von der Sozialdemokratie beitrug, ist mit dem Eintritt der SPD in eine Koalition mit den deutschen Christdemokraten und der Umsetzung zentraler gewerkschaftlicher Forderungen wie flächendeckendem Mindestlohn und früherem Renteneintritt bei Vorliegen besonderer Bedingungen wieder geringer geworden. Beide, Gewerkschaften und SPD, profitieren aktuell von der im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Entwicklung der bundesdeutschen Ökonomie, die erstmals seit einem Jahrzehnt wieder Beschäftigungszunahmen und Reallohnzuwächse ermöglicht. Bei Licht besehen handelt es sich in beiden Fällen um primär kurzfristig-konjunkturelle Effekte, die aber für die auf die Tagespolitik konzentrierten politischen Repräsentanten bereits hinreichende Gründe für die Beendigung des distanzierten Verhältnisses zwischen beiden Organisationen darstellen. Dass die SPD bei allen aktuellen Umfragen im so genannten 25%-Turm der Wählergunst verharrt und der SPD-Vorsitzende bereits Anfang 2015 den Anspruch auf die Kanzlerschaft bei der Bundestagswahl 2017 faktisch aufgegeben hat, führt zunächst eher zu innerparteilicher Verzweiflung als zu einer durchgreifend selbstkritischen programmatischen Kurskorrektur. Man ist im Spitzenpersonal nach wie vor der Überzeugung, dass der tiefgreifende Umbau des bundesdeutschen Sozialstaats durch die »Agenda 2010-Politik« notwendig und alternativlos war und dass ein punktuelles Nachsteuern gegenüber einigen negativen Auswüchsen und Ergebnissen dieser Politik das Maximum dessen ist, was an Korrekturen vorgenommen werden muss.

Diese gefühlte Ausweglosigkeit sozialdemokratischer Politik im 2. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in der Bundesrepublik wird verständlich vor dem Hintergrund der Existenz einer vermeintlich unangreifbaren Christdemokratie, die ihrerseits unter ihrer Vorsitzenden und Kanzlerin einen Modernisierungsprozess durchlaufen hat (»Sozialdemokratisierung« der CDU), dem Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen und Parteien sowie dem Scheitern eines von der französischen sozialistischen Partei und ihres Präsidenten François Hollande ursprünglich intendierten linken politischen Diskurses. Es kommt hinzu, dass die bundes-

deutsche Linkspartei in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung auf die Position einer Verfechtung reiner Umverteilungspolitik gedrängt wird, die für die Bevölkerung jenseits der sozial ausgegrenzten und stigmatisierten Klassenfraktionen keine wirklich attraktive Alternative darstellt; dementsprechend fällt der vielbeschworene Druck auf die Sozialdemokratie von links zu gering aus, um größere programmatisch-politische Anstrengungen bei der SPD in Gang zu setzen. Noch schlimmer stellt sich die Situation in Frankreich dar, wo mit dem Erstarren des Front National die Usurpation der höchsten Staatsämter durch Rechtsradikale als gefährliche Möglichkeit aufscheint, die die französische PS zu einer Zusammenarbeit mit rechtsbürgerlichen Parteien nötigen könnte, um das Schlimmste für die französische Republik zu verhindern.

Die Wende zu einer gemäßigt neoliberalen Austeritätspolitik in Frankreich vollzog sich vor dem Hintergrund einer stagnierenden Ökonomie, steigender Arbeitslosigkeit sowie den wirtschaftlichen Vorgaben von EU und Eurozone, obwohl die sozialistische Partei in der französischen Nationalversammlung die absolute Mehrheit innehat und den Staatspräsidenten mit seiner großen formal-offiziellen Machtfülle stellt. Auch in der Bundesrepublik gibt es nach der Bundestagswahl 2013 wie in der Legislaturperiode zuvor eine knappe rechnerische Mehrheit aus SPD, Grünen und Linkspartei jenseits der CDU/CSU (sowie der bis 2013 im Parlament vertretenen FDP) im Bundestag. Bezieht man sich nur auf die im Bundestagswahlkampf 2013 vertretenen Positionen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik von SPD, Grünen und Linkspartei, so ergeben sich sehr wohl weitgehende Schnittmengen – bei allen Unterschieden im Einzelnen. Gleichwohl stand nach der Wahl 2013 wie schon in der vorangegangenen Legislaturperiode ein Zusammengehen dieser drei Parteien zu einer Regierungskoalition nie zur Debatte. Als zu groß wurden die Differenzen zwischen den Parteien in anderen Politikfeldern – namentlich der Außen- und Sicherheitspolitik – eingeschätzt, zu wenig war im Vorfeld in gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen ein gemeinsames Agieren vorgekommen und zu wenig wurde der Erfahrungsschatz gemeinsamer Regierungsverantwortung von SPD und Linkspartei in ostdeutschen Bundesländern zielorientiert verarbeitet. Vor allem aber war es der CDU/CSU und ihren Parteigängern in den bundesdeutschen Leitmedien lange vor der heißen Wahlkampfphase wieder einmal gelungen, durch Appelle an antikommunistische Vorurteile und die sprichwörtliche Indienstnahme der Sozialdemokratie für das bürgerlich-kapitalistische »Gemeinwohl« jeglichen Gedanken an eine alternative linke Regierung jenseits der faktischen Staatspartei CDU/CSU zu verteufeln.

Das bisherige Nichtzustandekommen einer linken Reformkoalition auf Bundesebene kann nun nicht nur der Sozialdemokratie angelastet werden, wiewohl sie mindestens 50% der Verantwortung dafür trägt. Auch die beiden anderen Parteien – Bündnis 90/Die Grünen sowie die Linkspartei – tragen ihren Teil dieser Verantwortung. Obgleich die Grünen mit einem bemerkenswert linken, fortschrittlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Programm zur Bundestagswahl 2013 angetreten waren, sind sie als Gesamtpartei zu sehr in einen links-alternativen und bürgerlich-

realpolitischen Flügel gespalten, als dass sie umstandslos zu einer linken Reform- und Politikalternative hinzugezählt werden könnten; das schwache Wahlergebnis in 2013 von 8,4% (-2,3% gg. 2009) war dem rechten Flügel der Partei auch gleich Anlass, das Wahlprogramm zu kritisieren und die Partei wieder stärker zur Mitte – und dies heißt auch: für Koalitionen mit der CDU nicht nur auf Länderebene – auszurichten. Die Partei DIE LINKE bot nach der etwas mühsam unter dem neuen Vorsitzenden-Duo 2012 wieder hergestellten Einigung zwischen den verschiedenen Parteiflügeln keine durchweg überzeugende Alternative; auch sie verlor ihre Zweistelligkeit gegenüber der vorangegangenen Legislaturperiode und erhielt 2013 mit 8,6% (-3,3% gg. 2009) nur geringfügig mehr Stimmen als die Grünen. Zu oft hatten einzelne Mitglieder der Bundestagsfraktion sowie sonstige Funktionsträger mit politischen Statements für Irritationen gesorgt, auf die sich die Medien jeweils mit Frénésie gestürzt und das Bild der Partei in der Öffentlichkeit in ein schiefes Licht zu setzen versucht hatten. Der aktuelle Befund lautet also, dass es noch ein gutes Stück des Weges bedarf, bevor auf der Bundesebene aus einer arithmetischen Mehrheit links der Christenunion eine politische Mehrheit einer linken Reformkoalition für einen Politikwechsel zunächst in Richtung eines politökonomischen Minimalkonsenses wirksam werden kann.

Für einen Umschwung der politischen Verhältnisse zugunsten linker Reformkräfte gibt es allerdings verschiedene Ansatzpunkte. Innerhalb der Bundesrepublik kommt der ersten durch die Linkspartei geführten Landesregierung in Thüringen eine große Bedeutung zu, kann doch bei einer erfolgreichen Politik die Regierungsfähigkeit der Linken deutlicher dokumentiert werden als in den SPD-LINKE-Länderregierungen, in denen die Linkspartei nur die Rolle des Juniorpartners gespielt hat und spielt. In Europa bestand die Hoffnung, dass der jüngste Wahlsieg von SYRIZA in Griechenland einen Umschwung befördern könnte, wenn es der neuen griechischen Regierung gelänge, den Austeritätsvorgaben der europäischen Institutionen und Kreditgeber zu trotzen und den nationalen Reproduktionsprozess wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Dies ist mit der in den Verhandlungen zu einem dringend benötigten dritten Hilfspaket der griechischen Regierung aufgezwungenen Alternative zwischen »Exekution und Kapitulation« (Yanis Varoufakis) vorerst nicht in Sicht; der griechische Premierminister Alexis Tsipras war gezwungen zu kapitulieren, um nicht den Zusammenbruch des griechischen Banksystems und den Ausschluss aus dem Euro-Währungsverbund zu riskieren. Auch wenn Griechenland für den Moment sein akutes Liquiditätsproblem durch neue Kreditmittel gelöst bekommt, ist abzusehen, dass die erzwungenen Auflagen der Kreditgeber von der griechischen Volkswirtschaft auch in den kommenden Jahren entweder nicht eingehalten werden können und/oder das Land weiter in die Depression treiben werden. Es ist davon auszugehen, dass es innerhalb von EU und Eurozone politische Kräfte gibt – an der Spitze der deutsche Finanzminister, assistiert durch rechtskonservative-antikommunistische Regierungen in nord- und ost-europäischen Ländern sowie (gegenwärtig) von den regierungsoffiziellen nationalen Vollzugsorganen der Euro-Sparvorgaben in Spanien und Portugal –, die zur Durch-

setzung ihrer neoliberalen Austeritätspolitik einen katastrophischen Entwicklungsweg Griechenlands in Kauf nehmen, wenn nicht gar als abschreckendes Beispiel für andere Länder aktiv betreiben. Diesem von Deutschland ausgehenden konservativ-reaktionären Kurs in den Arm zu fallen, fiel eigentlich zuvorderst der deutschen Sozialdemokratie als Koalitionspartner innerhalb der deutschen Regierung zu. Mit Hinweis auf einen Totalzusammenbruch der griechischen Wirtschaft und eine sich noch weiter verschlimmernde humanitäre Katastrophe bei einem »Grexit« müsste die SPD im Verein mit der europäischen Sozialdemokratie letztlich das nötige Maß an internationaler Solidarität aufbringen und den Mut fassen, sich gegen die nationale Bourgeoisie und ihre politischen Repräsentanten zu stellen; davon war jedoch bei der jüngsten Zuspitzung der Griechenland-Eurokrise zur Jahresmitte 2015 wenig zu spüren.

Diese Entwicklung macht deutlich, wie schwer es ist, wenn ein einziges und darüber hinaus noch kleines Euroland aus der Position des Schuldners heraus versucht, einen Politikwechsel herbeizuführen. Wird Griechenland in der Eurozone gehalten und gelänge es nach einem unvermeidlichen Schuldenschnitt und zielführenden internen Reformen – dies sind nicht die oktroyierten Ausgabekürzungen und Massensteuererhöhungen, sondern der Aufbau eines funktionierenden staatlichen Verwaltungswesens, über das Griechenland gegenwärtig nicht verfügt –, die griechische Wirtschaft durch öffentliche Investitionen sowie durch öffentliche Mittel der Europäischen Investitionsbank aus der Depressionsspirale zu befreien, könnte dennoch mittelfristig ein Positivbeispiel auch für andere krisengeplagte (Süd-)Länder gesetzt werden. Zudem könnten Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses bei den anstehenden Wahlen in anderen Ländern zugunsten der Linkskräfte den Druck für eine zunächst sicherlich nur graduelle Veränderung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Eurozone befördern. Damit wäre ein allererster Schritt getan, die bisher als alternativlos dargestellte Euro-Austeritätspolitik aufzuweichen. Neben den Regierungen der südeuropäischen Länder liegt aber die Hauptverantwortung bei der deutschen Politik. Nur wenn der faktische europäische Hegemon seine Rolle in der EU und den Institutionen der Eurozone, gezwungen primär durch internen Druck, verändern würde, könnte in einem mittelfristigen Prozess schrittweise der Ausblick auf ein anderes Europa eröffnet werden. Die Auseinandersetzung über konzeptionelle Alternativen innerhalb der potenziellen deutschen Reformkräfte kann dabei eine befördernde Rolle spielen.

d) Herstellung und Verteidigung der Hegemonie als Daueraufgabe

Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass es für den Übergang von einer arithmetischen linken Mehrheit bei Wahlen zu einer politischen Mehrheit fortschrittlicher, linker Kräfte einer vorgängigen Eroberung einer Meinungsführerschaft in zentralen politischen Fragen bedarf. Dies schließt nicht nur intensive Diskurse über konzeptionelle Alternativen gegenüber der herrschenden Politik ein, sondern gleichfalls

vorbereitende gemeinsame Aktionen und Koalitionen mit außerparlamentarischen Kräften und Bewegungen.

Mit der Übernahme der Regierungsgewalt durch ein pluralistisches fortschrittliches und im weitesten Sinne linkes Parteienbündnis beginnt die Aufgabe des »Lieferens«. Ein gemeinsames Regierungsprogramm zunächst im Rahmen eines politökonomischen Minimalkonsenses umzusetzen, provoziert Gegendruck und Gegenwehr im Inland vonseiten der wirtschaftlich herrschenden Kräfte und ihrer zivilgesellschaftlichen und politischen Hilfstruppen. Die Probleme der Umsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik setzen sich auf der europäischen Ebene, d.h. innerhalb der Institutionen von Europäischer Union und Eurozone fort. Zu deutlich hat eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik die personellen Repräsentanten sowie die europäische Rechtsprechung geprägt und im Sinne der nicht nur impliziten Gewährleistung kapitalistischer Produktions- und Verkehrsverhältnisse gefestigt, sodass eine grundlegend andere Wirtschafts- und Sozialpolitik nur bei einem Bruch mit vielfältigen bis dato bestehenden juristischen und faktischen Konventionen und Verhaltensweisen möglich sein wird. Wie bürgerliche Kräfte auch, die zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele den gesetzlichen Rahmen im erforderlichen Einzelfall großzügig interpretieren und auf der zwischenstaatlichen Ebene auch vor Erpressung nicht zurückschrecken – ein gutes Beispiel hierfür bietet schon traditionsgemäß die britische Regierung, wenn es um nationale Vorteile (so genannter »Brittenrabatt« unter der Thatcher-Regierung) oder Vertragsänderungen wie aktuell unter David Cameron mit der Drohung eines möglichen EU-Austritts von Großbritannien geht –, wird eine linksorientierte Regierung Fakten zu schaffen haben, auch wenn sie nicht vollständig durch bestehende Regelungen und Normen abgesichert sind. Es kommt dann entscheidend darauf an, welches Land und welche Regierung diese Fakten setzt – die ökonomische Potenz muss hier den formaljuristischen Legalismus flankieren und konterkarieren.

Auch wenn es nur um die Realisierung eines politökonomischen Minimalkonsenses geht, sind die Widerstände und Störfeuer der den alten Verhältnissen verpflichteten gesellschaftlichen Kräfte und der offiziellen medialen Öffentlichkeit nicht gering zu schätzen. Nur rasche Anfangserfolge namentlich des wirtschafts- und sozialpolitischen Programms mit fühlbaren Verbesserungen für größere Bevölkerungsteile können einen langsamen Umschwung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung nach und nach herbeiführen. Bei der Umsetzung eines alternativen Regierungsprogramms, welches den Grundlinien des politökonomischen Minimalconsenses folgt, ist in Rechnung zu stellen, dass handwerkliche Fehler ebenso auftreten werden und der übernommene Regierungsapparat in weiten Teilen mit einem Personal besetzt ist, das den Zielen der abgelösten Regierungen der letzten Jahrzehnte verpflichtet ist. Dies gilt auch für die europäische Ebene.

Aber unterstellt, eine »Koalition der Fortschrittlichen« würde sowohl im Inland als auch auf der europäischen Ebene mit einer grundlegenden Abkehr von der bisher praktizierten Austeritätspolitik zählbare Erfolge nachweisen können, stellt sich die noch schwierigere Aufgabe, die in einem politökonomischen Minimalkonsens

angelegten weitertreibenden Elemente zu konkretisieren und mehrheitsfähig zu machen. Ein evolutionärer Übergang aus bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen zu einem demokratischen Marktsozialismus besteht aus vielen kleineren Schritten, die aber mit zunehmender Umsetzung an die so genannte Systemgrenze herankommen und daher heftigeren Widerstand der Verteidiger der kapitalistischen Ordnung hervorrufen werden. Die Unumkehrbarkeit einer sozialistischen Transformation kann auf diesem Weg nicht per Verfassungsdekret festgeschrieben und mit der zentralisierten Macht der politischen Exekutive durchgesetzt werden, sondern muss auf der beständigen Vergewisserung der kulturell-politischen Hegemonie der fortschrittlichen Kräfte gegenüber der bürgerlich-kapitalistischen Opposition gründen und aufbauen. Die prosperierende Entwicklung der Ökonomie, die fühlbare Verbesserung der sozioökonomischen Verhältnisse einer wachsenden Bevölkerungsmehrheit sowie die jedesmalige Vergewisserung und Bestätigung der Hegemonie eines demokratischen Sozialismus im zivilgesellschaftlichen und politischen Raum sind dafür die wesentlichen Bedingungen, die eine potenziell gewaltvolle Intervention reaktionär-bürgerlicher Kräfte bereits im Vorfeld als aussichtsloses Unterfangen erscheinen lassen müssen.